

Vorlage-Nr.: **0919-2012/DaDi** vom 21.06.2012
 Aktenzeichen: 490-004
 Fachbereich: Fraktion von Die Linke
 Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker
 Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Masterplan Alphabetisierung - Änderungsantrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, ob und welche weiteren Maßnahmen der Landkreis Darmstadt-Dieburg im Rahmen seiner Zuständigkeit für die Bekämpfung des Analphabetismus ergreifen kann.

2. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die Hessische Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die verhindern, dass Schülerin und Schüler die Schule ohne ausreichende Grundkenntnisse des Lesens und Schreibens verlassen.

3. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die Bundesregierung auf, Alphabetisierungskurse als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen anzuerkennen, so dass diese mit Mitteln des SGB II und SGB III finanziert werden können.

Begründung:

Die Bekämpfung des Analphabetismus in Deutschland ist ein Ziel, dem sich alle politischen Ebenen stellen müssen. Über die Situation im Landkreis hat der Kreisausschuss in der Vorlage 0780-2012 informiert und aufgeführt, welche Maßnahmen der Landkreis ergriffen hat, um den Betroffenen zu helfen und sie zu unterstützen.

Das Hauptproblem in dieser Frage liegt aber nicht in der Behandlung der Symptome, sondern in der Prävention! Wenn Hessische Schülerinnen und Schüler das Schulsystem durchlaufen können, ohne am Ende ausreichende Grundkenntnisse des Lesens und des Schreibens vermittelt bekommen zu haben, dann muss sich innerhalb des Schulsystems etwas ändern und geeignete Maßnahmen zur Verhinderung dieses Zustands ergriffen werden. Hier liegt aus unserer Sicht der Schwerpunkt einer erfolgreichen Bekämpfung des Analphabetentums.

Daneben es für uns nicht nachvollziehbar, warum die Bundesregierung die Alphabetisierungskurse nicht als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen anerkennt, vermitteln diese doch die absolute Grundlage für den Arbeitsmarkt. Daher soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine entsprechende Änderung im Sozialgesetzbuch vorzunehmen.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.